LINKS-rheinische

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn

Frühling 2021

DIE LINKE.

NEUE KOALITION
Progressive Mehrheit im Stadtrat

MILIEUSCHUTZ
Gegen soziale Verdrängung im Viertel

VERKEHRSWENDE
Mehr Platz für Fahrrad und ÖPNV

Liebe Bonnerinnen und Bonner,

bei der Kommunalwahl im Herbst 2020 haben 8.745 Bonner*innen mit ihrer Stimme dafür gesorgt, dass eine vierköpfige Linksfraktion in den Bonner Stadtrat eingezogen ist. Für diese nochmal gewachsene Unterstützung sind wir sehr dankbar und wollen auch in Zukunft mit dieser Zeitung über unsere Arbeit im Rat informieren.

Die Wahlen haben uns in eine neue Rolle gebracht: Im Rat gibt es nach der krachenden Abwahl der CDU jetzt eine breite progressive Mehrheit. DIE LINKE, Grüne, SPD und Volt haben einen ambitionierten Koalitionsvertrag erarbeitet. Gemeinsam mit der neuen Oberbürgermeisterin Katja Dörner wollen wir Bonn bis 2025 gerechter und nachhaltiger machen. Als Linksfraktion sind wir besonders stolz darauf, dass die neue Ratsmehrheit zukünftig Investoren erheblich strengere Vorgaben für bezahlbaren Wohnraum machen wird. Außerdem wird dem Ausverkauf der Stadt ein Riegel vorgeschoben: Grund und Boden wird die Stadt nicht mehr verkaufen, sondern allenfalls in Erbpacht vergeben. Wir werden auch 20 Schulen und Kitas nicht mehr zu Dumpinglöhnen von Fremdfirmen reinigen lassen, sondern durch städtisches Personal im Rahmen ordentlich bezahlter, tariflicher Arbeitsverhältnisse. Das ist gerechter und wird zu mehr Sauberkeit in den Schulen führen.

Und natürlich wird die neue Ratsmehrheit die Themen Klimaschutz und Verkehrswende endlich anpacken. Gegen dieses Programm laufen Wirtschaftsverbände, die CDU und der leider zunehmend rechtspopulistisch agierende Bürgerbund Bonn bereits Sturm. Mit Applaus aus der Opposition haben wir aber auch nicht gerechnet. Wichtiger ist uns, jahrelangen konservativen Stillstand zu beenden und die Probleme Bonns endlich anzupacken!

Herzliche Grüße

Dr. Michael Faber, Fraktionsvorsitzender

Inhalt

2 Editorial

3 Milieuschutz - klingt verrucht, ist es aber nicht

4 Rat spart bei sich - für die Kultur

5 Abschied vom Auto

6 Neustart für Bonner Feste

7 NS-Kennzeichen aus dem Verkehr ziehen

8 CDU „übt" Kritik am Koalitionsvertrag

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn
Dr. Michael Faber (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Tobias Haßdenteufel
Druck: druckladen bonn (www.druckladen-bonn.de)

Alle Bildrechte liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, beim Herausgeber.

Die LINKS-rheinische erscheint mindestens zweimal jährlich. Kostenfreies Abonnement unter:

Linksfraktion Bonn
Rathausgasse 5-7
53111 Bonn
Mail: linksfraktion@bonn.de

Milieuschutz für Nordstadt, Endenich und Kessenich

*Klingt verrucht, ist es aber nicht: Durch Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen (Milieuschutz) kann die Stadt der fortlaufenden Verdrängung von Mieter*innen etwas entgegensetzen - demnächst auch in Bonn.*

von Munirae Gharevi, sachkundige Bürgerin der Linksfraktion im Planungsausschuss

Kein Einzelfall: Man lebt jahrelang zufrieden zu einem bezahlbaren Preis und nimmt dafür auch gerne die ein oder andere Unbequemlichkeit in Kauf. Und dann kommt jemand, kauft das ganze Haus und klopft bei den Mieter*innen an die Tür, um sie zum Abschluss eines neuen Vertrags mit drastischer Mieterhöhung zu bewegen. Auch wenn niemand gezwungen werden kann zu unterschreiben und Mieter*innen sich vor Abschluss derartiger Vereinbarungen immer rechtlich beraten lassen sollten, hat dies oft zur Folge, dass sie sich eine andere Wohnung suchen – aus der Angst, sich die Miete bald nicht mehr leisten zu können. Wehrhaftere Mieter*innen bestehen auf Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, aber selbst das stößt an Grenzen: Bei Modernisierungen und aufwertenden Umgestaltungen, etwa durch Verlegung teurer Böden, Einbau eines zusätzlichen Bades oder Balkons, sind hohe Mietsteigerungen kaum abzuwenden. Manchmal erhalten die Bewohner*innen sogar eine Verwertungskündigung, weil ein teurerer und größerer Neubau geplant wird.

Soziale Erhaltungssatzungen (Milieuschutz) bieten hier die Möglichkeit, die Verdrängung der alteingesessenen, finanzschwächeren Wohnbevölkerung zumindest deutlich zu erschweren. In einem Wohngebiet, das besonders von Verdrängung betroffen ist, werden dann Umbauten generell genehmigungspflichtig und können, wenn sie Wohnungen über den normalen Ausstattungsstandard hinaus verteuern, untersagt werden. Zugleich kann dort über ein städtisches Vorkaufsrecht an Wohngebäuden zusätzlich Einfluss auf die zukünftige Nutzung genommen werden. In der Stadtratssitzung im Dezember haben wir mit der Koalition unseren Antrag beschlossen, solche sozialen Erhaltungssatzungen für die Nordstadt, Kessenich und Alt-Endenich aufzustellen und durch die Verwaltung vorbereiten zu lassen. Wir wollen in Bonn alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um der Mieterverdrängung Einhalt zu bieten.

Rat spart bei sich - für die Kultur

Sparen immer nur bei den Anderen? Der Stadtrat hat einen Beschluss auf den Weg gebracht, mit dem die Kommunalpolitik bei sich selbst den Rotstift ansetzt. Die eingesparten Mittel sollen der freien Kulturszene zugute kommen.

von Dr. Michael Faber, Vorsitzender der Linksfraktion

Engagement in der Kommunalpolitik als Ratsmitglied ist ein Ehrenamt. Das heißt, anders als Abgeordnete im Bundestag oder Landtag erhalten Ratsmitglieder keine Bezahlung, von der man leben kann. Aus dem Grund finden Rats- und Ausschusssitzungen auch zumeist am frühen Abend statt, damit die Ratsmitglieder tagsüber einer normalen Arbeit nachgehen können. Aber immerhin erhält man als Ratsmitglied eine Aufwandsentschädigung, die als monatliche Pauschale in Bonn derzeit 412,30 Euro beträgt. Diese Höhe legt das Land fest.

Bei diesen Aufwandsentschädigungen bestehen aber gewisse Spielräume. Genau dort hat die neue Koalition im Rat auf LINKE Initiative angesetzt und jetzt beschlossen, dass die Vorsitzenden von Ausschüssen nicht mehr jeden Monat automatisch 520 Euro zusätzlich erhalten, sondern nur noch ein erhöhtes Sitzungsgeld, wenn ihr Ausschuss auch tatsächlich tagt. Wir rechnen unter dem Strich mit Einsparungen in Höhe von mindestens 30.000 Euro im Jahr. Das Geld soll aber nicht einfach im Haushalt verschwinden. Die Ratskoalition hat vielmehr beschlossen, dass die eingesparten Mittel in den Corona-Rettungsfonds für die Bonner Kultur fließen. Hier sollen zukünftig auch freiberufliche Künstlerinnen und Künstler von den Fördermitteln profitieren. Dafür lohnt es sich doch, dass die Kommunalpolitik selbst etwas kürzer tritt!

Drei kurze Zwischenfragen (I)

an **Dr. Alexandra Leipold**, als sachkundige Bürgerin für die Linksfraktion Mitglied im Auschuss für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und Sprecherin im Beirat Bürgerbeteiligung.

1. Warum engagierst Du dich als sachkundige Bürgerin?
Als sachkundige Bürgerin habe ich derzeit beratende Funktion im Beirat für Bürgerbeteiligung. Hier geht es mir um Teilhabe, Transparenz und Begleitung von Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Ich selbst bringe keine besonderen Kompetenzen mit; finde nur, meckern hilft nicht – sich engagieren schon eher.

2. Wo trifft man dich in Bonn, wenn du nicht gerade im Ausschuss bist?
Zum Beispiel im Botanischen Garten, im türkischen Gemüseladen in der Kölnstraße oder im Bla.

3. Was ich in Bonn anschieben möchte, ist ...
Diversität in allen Bereichen der Verwaltung, der Bonner Unternehmen, der Politik und der Stadt fördern: Frauen stärker mit einbinden, Radverkehr ausbauen, Migrantenorganisationen aufbauen, Kinderarmut bekämpfen, Konflikte aushalten, Väter ausreden lassen ... Aber da sind wir ja mit der neuen Koalition auf einem sehr guten Weg!

Abschied vom Auto

Der Stadtrat ist dem Bürgerbegehren „Radentscheid“ offiziell beigetreten und hat sich damit für die nächsten fünf Jahre zu einem Ausbau der Fahrradinfrastruktur verpflichtet. Was folgt daraus für die Politik der Stadt?

von Patrick Tollasz, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Zahlen lügen nicht: Sieht man sich die Daten der verschiedenen Bonner Fahrradzähler an, wird klar, dass die Zahl der Bonnerinnen und Bonner, die mit dem Rad statt mit dem Auto unterwegs sind, kontinuierlich steigt. Eine erfreuliche Entwicklung! Genauso offensichtlich ist aber auch, dass trotz vollmundiger Ankündigungen diverser Amts- und Mandatsträger*innen in den letzten Jahren der Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur nicht mit dieser Entwicklung Schritt gehalten hat. Ein Bürgerbegehren wie der „Radentscheid“, das diesen Missstand beseitigen will, war deshalb überfällig. Wir haben das Begehren von Anfang an unterstützt, denn in der Vergangenheit haben sich die städtischen Konzepte zur Fahrradförderung zu oft in wenig wirksamen Maßnahmen erschöpft – siehe zum Beispiel die Einrichtung zahlreicher „Fahrradstraßen“, in denen sich dann de facto für den Radverkehr trotzdem nicht viel verbessert hat.

Mit der neuen Koalition aus Grünen, SPD, Volt und uns LINKEN hat sich der Rat nun auch formal in einer der ersten Ratssitzungen dem Bürgerbegehren angeschlossen, sodass die Ziele des Begehrens jetzt offizielle Stadtpolitik sind. Insbesondere zwei Widerstände gilt es bei der Umsetzung zu überwinden: Erstens müssen die nötigen Ressourcen für die Verkehrswende bereitgestellt werden, denn Planung und Ausbau von zusätzlichen Radwegen, Abstellplätzen und fahrradfreundlichem Umbau von Kreuzungen und Einmündungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit kostet Geld – dem wollen wir nicht zuletzt auch mit zusätzlichem Personal in der städtischen Verkehrsplanung Rechnung tragen. Zweitens ist aber auch der Platz in einer wachsenden Stadt wie Bonn begrenzt. Damit eine echte Verkehrswende gelingen kann, muss deshalb der Ausbau der umweltfreundlichen Verkehrsmittel Rad, Bus und Bahn zulasten der Autospuren gehen. Und anders als der gelegentliche Aufschrei der Autolobby vermuten lässt, zeigen nicht nur die Daten der Fahrradzähler, dass Bonn für diesen grundlegenden Wechsel in der Verkehrspolitik bereit ist.

Links wirkt!

Ratsmediathek kommt: Die neue Koalition im Rat hat die Einrichtung eines Online-Aufzeichnungsarchives beschlossen, in dem man die Sitzungen des Rates auch noch nach Ausstrahlung des Livestreams abrufen kann. Ein guter Schritt für mehr Transparenz in der Kommunalpolitik.

Sicherer Hafen für Flüchtlinge: Nachdem unter den alten Mehrheiten im Rat eine vergleichbare Inititative keinen Erfolg hatte, hat sich der neue Rat in der „Bonner Erklärung zur Aufnahme von Geflüchteten" bereiterklärt, bis zu 200 Flüchtlinge zusätzlich aus Moria aufzunehmen.

Kein Ausverkauf mehr: Ein Umdenken, das überfällig war - die Stadt verkauft von jetzt an grundsätzlich keine eigenen Baugrundstücke mehr an Private, sondern überlässt sie nur noch in Erbpacht gegen einen jährlichen Zins. Die Stadt behält dadurch das Eigentum an Grund und Boden und damit mehr Kontrolle über die Stadtentwicklungung.

Weniger Kommerz, mehr Kultur

Das haben sich Grüne, SPD und Linke in der Bezirksvertretung Bonn für Veranstaltungen in der Innenstadt vorgenommen. Insbesondere „Bonn leuchtet“ und das BonnFest sollen weiterentwickelt werden.

von Hanno Raußendorf, Vorsitzender der Linksfraktion der Bonner Bezirksvertretung

Ein Neustart für drei Bonner Veranstaltungen: Das BonnFest soll schon in diesem Jahr einen deutlich aufgewerteten Kulturteil bekommen und für „Bonn leuchtet“ wird bis 2022 ein völlig neues Veranstaltungskonzept entwickelt. Beide Feste finden in diesem Jahr weiterhin statt. Das Kulturprogramm des BonnFest wird dabei ab sofort zusammen mit dem Kulturamt der Stadt organisiert, das beraten und Kontakte zu Künstlerinnen und Künstlern herstellen kann. Das alleine wird aber kaum reichen. Deshalb ist es unser Ziel, das Budget für Gagen um 25 % zu erhöhen – zu diesem Zweck soll auch ein Zuschuss aus dem gesamtstädtischen Haushalt fließen. Dieses Jahr streben wir sogar ein noch deutlicheres Zeichen der Unterstützung für die Bonner Kulturszene an, denn die hat seit über einem Jahr weder Auftrittsmöglichkeiten noch Einkommen. Für die Künstlerinnen und Künstler soll beim BonnFest deshalb einmalig 50 % mehr Geld zur Verfügung stehen. Das ist aber nicht alles, was sich ändern soll: Autohäuser sollen auf der Veranstaltung in Zukunft möglichst nur noch Elektrofahrzeuge präsentieren. Die Zeiten eines großen, konventionellen Autosalons in der Fußgängerzone sind damit vorbei.

Für ein neues Fest, das „Bonn leuchtet“ ablöst, werden derzeit Ideen gesammelt. Auf dieser Veranstaltung wurde in der Vergangenheit die Bonner Innenstadt mit großem Aufwand ausgeleuchtet, was in Zeiten von Lichtverschmutzung und Klimakrise nicht mehr zeitgemäß erscheint. Ein umweltfreundlicheres Konzept soll im Herbst vorgestellt werden. Und auch beim „Ostdeutschen Markttag“ wird sich hoffentlich etwas ändern. Denn Schlesien und Ostpreußen, worauf sich der Titel bezieht, sind Teil des polnischen beziehungsweise russischen Staatsgebiets und nicht der Osten Deutschlands. Und ein dreiviertel Jahrhundert nach Ende des zweiten Weltkriegs sollte es keinen Zweifel mehr geben, wo Deutschland aufhört und wo Polen anfängt. Wir haben den Bund der Vertriebenen deshalb gebeten, sich für sein Fest einen neuen Namen zu suchen.

Bild: CC BY-SA 2.0 Niels Holger Schmidt/DIE LINKE.NRW

NS-Kennzeichen aus dem Verkehr ziehen

Provokationen und Grenzüberschreitungen sind ein bewährtes Mittel rechter Stimmungsmache - manchmal sogar im Straßenverkehr.

von Jürgen Repschläger, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Wunschkennzeichen fürs eigene Auto sind in Deutschland spätestens seit 1994 gegen Zahlung einer bundeseinheitlichen Zusatzgebühr möglich. Das bedeutet, dass sich spätestens seit 1995 die örtlichen Zulassungsstellen mit der Frage herumschlagen durften, ob alles, was gewünscht ist, auch erlaubt sein muss. Der Gesetzgeber bietet hierfür als Hilfestellung § 8 der sogenannten Fahrzeugzulassungsverordnung an: Die Buchstaben- und Zahlenkombinationen auf den Kennzeichen dürfen demnach „nicht gegen die guten Sitten verstoßen“. Mutmaßlich auf dieser Grundlage werden zum Beispiel im Rhein-Sieg-Kreis, wie man hört, keine Nummernschilder mit dem Zusatz „FF“ hinter der Ortsangabe mehr bewilligt.

Eindeutiger und wesentlich politischer sieht die Sache allerdings bei Bezügen zum Nationalsozialismus im Kfz-Kennzeichen aus. So wird man Kombinationen wie KZ, SA oder SS auf keinem deutschen Nummernschild finden. Es gibt jedoch Grenzfälle, die zum Teil sogar vor Gericht landen, wenn Halter*innen auf ihrer Auswahl bestehen. Davor sollte eine Kommune jedoch keine Angst haben und wenn nötig auf ihrem Recht auf Zuteilung eines anderen Kennzeichens bestehen.

Wie das geht, hat die Zulassungsstelle in Bonn erst vor Kurzem vorgemacht: Uns hatte als Linksfraktion per Mail ein Hinweis auf ein Bonner Nummernschild erreicht, dessen Kombination, auf der die Initialen Adolf Hitlers mit der Zahl 88 in Verbindung gebracht wurden, einen eindeutigen NS-Bezug nahelegte. Die Zahl 88 gilt unter Neonazis wegen der Position des Buchstabens H an achter Stelle des Alphabets schon seit Langem als Code für den Hitlergruß. Die Bonner Zulassungsbehörde reagierte deshalb erfreulich schnell, als wir die Sache an sie weitergaben und teilte dem Halter binnen Tagen ein neues Kennzeichen für diesen ganz besonderen „Volkswagen“ zu. Und die Stadt wird hoffentlich auch weiterhin dafür sorgen, dass rechte Provokationen auf Bonner Straßen keine Chance haben.

Linke Initiativen

Modellstadt Tempo 30: Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern wollen wir Bonn sicherer und ökologischer machen. Deshalb haben wir die Verwaltung beauftragt, beim Bundesverkehrsministerium eine Bewerbung als Modellkommune für eine stadtweite Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einzureichen.

Gleicher Preis fürs Schülerticket: Die Preise fürs Schülerticket sind stadtweit uneinheitlich geregelt, gerade in Stadtteilen mit einkommensschwächeren Familien sind die Preise oft höher. Statt einem Maximalpreis von knapp 35 Euro wollen wir deshalb einen einheitlichen Preis von 19 Euro pro Ticket einführen und haben als Koalition die Verwaltung beauftragt, dafür mit den Stadtwerken tätig zu werden.

CDU „übt" Kritik am Koalitionsvertrag

Da hat jemand genau nachgezählt: Der Bad Godesberger Bezirksbürgermeister Christoph Jansen (CDU) ist richtig wütend, dass sein Stadtbezirk im Koalitionsvertrag zwischen Grünen, SPD, LINKEN und Volt lediglich „genau vier (!) Mal" genannt wird - ein „echter Tiefschlag für Bad Godesberg". Nun mag es zwar zeitsparend sein, statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung einfach mit STRG+F durchs Dokument zu browsen, und sicher wartet auch schon der nächste Termin zur feierlichen Einweihung irgendeiner Umgehungsstraße. Aber wie hielt es die Bonner Dauerregierungspartei CDU damit in der Vergangenheit in den eigenen Koalitionen? Schaut man in den letzten Vertrag von CDU, FDP und Grünen aus 2014, wird Bad Godesberg dort auch nur ganze sechsmal erwähnt. In einer dieser sechs Erwähnungen wurde dabei übrigens die Schließung des Kurfürstenbads in Aussicht gestellt – recht seltsame Art, seine Wertschätzung für den eigenen Stadtbezirk auszudrücken. Zwei Nennungen entfielen auf die Godesberger Stadthalle, was nach deren jetzigem Zustand zu urteilen auch kein Garant für höchste politische Aufmerksamkeit war. Vielleicht ist Opposition machen doch nicht so einfach, wie es manchmal aussieht.

Drei kurze Zwischenfragen (II)

an **Julia Schenkel**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin der Linksfraktion im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

1. Warum engagierst Du dich in der Kommunalpolitik?
Mich fasziniert die Rats- und Fraktionsarbeit genauso wie die zivilgesellschaftlichen Kämpfe auf der Straße - ich möchte beides verbinden! Für eine solidarische, linke und feministische Politik.

2. Wo trifft man dich, wenn Du nicht gerade Politik machst?
Vor Corona auf kleinen Konzerten, am Frankenbadplatz oder in der Alten VHS. Jetzt eher im schönen Muffendorf: Zuhause mit Akkuschrauber und Rotwein in der Hand, mit meinen Mitbewohner*innen quatschend oder bei einem Spaziergang mit meiner kleinen Hundeseniorin durch die Gassen bis hoch in den Wald.

3. Wenn ich eine Sache in Bonn sofort ändern könnte, wäre das ...
Öffentliche Orte für alle nutzbar machen. Dazu gehört auch: mehr Barrierefreiheit! Das verwehrt vielen die Teilhabe am städtischen Leben. Und - nicht ganz uneigennützig: Gut Melb für die Alte VHS!